



5. Juni 2020

Sudan: Ein weiterer Schritt in Richtung Glaubensfreiheit

Regierungsankündigung lässt Christen hoffen / drohende Hungersnot betrifft ehemalige Muslime doppelt

(Open Doors, Kelkheim) – Die sudanesische Übergangsregierung hat zugestimmt, eine Nationale Kommission für Religionsfreiheit einzurichten. Sie soll gegen Verletzungen der Religionsfreiheit im Land vorgehen. Unterdessen haben die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu dramatischen Versorgungsengpässen geführt, worunter besonders Christen muslimischer Herkunft leiden.



Teilnehmer eines Open Doors-Seminars in den Nubabergen beim gemeinsamen Bibellesen

Schutz für Christen dringend benötigt

Der Beschluss ist Teil eines Friedensabkommens zwischen der Übergangsregierung und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung SPLM-A, die ihren Sitz in den überwiegend christlichen Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil hat. In einem Bericht aus dem Jahr 2016 hatte Open Doors davor gewarnt, dass Christen in den beiden Staaten von ethnischen Säuberungen bedroht sind. „Wir begrüßen dieses Ergebnis. Es ist ein guter Anfang“, kommentierte Jo Newhouse, Sprecherin der Abteilung für Subsahara-Afrika von Open Doors. Gleichzeitig verwies sie darauf, dass Christen in anderen Landesteilen, wie zum Beispiel Darfur, ebenfalls Schutz benötigen. Dies betreffe besonders solche, die vom Islam konvertiert sind. „In der Geschichte des Sudan wurde das Recht auf freie Wahl der Religion stark eingeschränkt; Konvertiten wurden verfolgt und oft lange Zeit inhaftiert. Das Land muss dringend Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass sich solche Menschenrechtsverletzungen nicht wiederholen – weder vonseiten des Staates noch der Gesellschaft.“

Drohende Hungersnot: Hilfe nur für Muslime

Die positive Entwicklung im Bereich der Glaubensfreiheit wird jedoch überschattet von der dramatischen Versorgungslage inmitten der Corona-Pandemie. Nach Einschätzung von Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, könnte die „einen negativen Wendepunkt“ für das Land darstellen. Bereits vor dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Hassan al Bashir litt der Sudan unter einer Wirtschaftskrise. Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hat sich die Lage derart verschärft, dass Grundnahrungsmittel wie Brot nur noch zu exorbitanten Preisen auf dem Schwarzmarkt verfügbar sind, sagt Wajih*, ein örtlicher Pastor. Gegenüber Open Doors wies er darauf hin, dass darunter besonders Christen mit muslimischem Hintergrund leiden. „Sie hängen sehr stark von dem Einkommen ab, das sie durch kleinere Verkaufstätigkeiten verdienen. [...] Aufgrund ihres Glaubens erhalten sie keinerlei Unterstützung von ihrer Familie, ihrem Stamm oder ihrer Gemeinschaft.“

Einer dieser Christen namens Adam* ergänzt: „Wegen des Coronavirus verlieren viele von uns die Arbeitsplätze, auf die wir für unseren Lebensunterhalt angewiesen sind. Wir haben unsere Wohnungen verloren, weil wir in Mietshäusern leben und aufgrund der Krise die Miete nicht mehr zahlen können.“

Pastor Wajih* macht sich große Sorgen um Konvertiten, die noch jung im Glauben sind und jetzt versucht sein könnten, um der Unterstützung der Familie und der Gemeinschaft willen zum Islam zurückzukehren. „Wenn sie ihre Gemeinschaft um Hilfe bitten, werden sie unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben, damit sie Hilfe bekommen. Es ist wirklich eine Tragödie. Aber sie beten, wann immer sie sich treffen, und rufen mich als Pastor an, um für sie zu beten.“

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2020](#) steht der [Sudan](#) an 7. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Namen geändert

Quellen: Christian Solidarity Worldwide, Open Doors

Hinweis: Am Samstag geht es weiter mit Folge 2 unserer neuen [Livestream-Reihe mit Markus Rode!](#) Schalten Sie um 18 Uhr ein, um zu hören, welche Lektionen er von Jesus lernen musste – und warum das nicht immer einfach war.